

Die Verbannung aus dem TV-Eden: Frauen in den Nachrichtensendungen des ORF

Pallaver, Günther

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pallaver, G. (2000). Die Verbannung aus dem TV-Eden: Frauen in den Nachrichtensendungen des ORF. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 29(2), 219-236. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59456>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Die Verbannung aus dem TV-Eden

Frauen in den Nachrichtensendungen des ORF

Die politische Repräsentation von Frauen macht zwar Fortschritte, doch ist sie in den zentralen politischen Institutionen noch weit von einer zumindest annähernden Gleichheit mit den Männern entfernt. Noch trister sieht es – wie dies anhand einer Fallstudie der ORF-Nachrichtensendungen im Untersuchungszeitraum 1998 nachgezeichnet wird – in der TV-Berichterstattung aus, wo Frauen sogar seltener vorkommen, als es ihrer institutionellen Präsenz entspricht. Dabei bilden gerade Visibilität und politische Öffentlichkeit, die heute in der Politik vorwiegend über das Fernsehen erfolgen, die wesentliche Voraussetzung für die „Erschaffung der PolitikerInnen“. Ein zentraler Grund für diese fehlende TV-Öffentlichkeit von Frauen ist die männlich dominierte Nachrichtenselektion. Als Schritt in Richtung substantieller TV-Gleichheit für Frauen wird analog zur Debatte um Frauenförderung durch Quoten eine Quotenregelung in der TV-Berichterstattung angeregt.

1. Politische Kommunikation und Visibilität

Zum Jubeln ist es noch viel zu früh, meint sinngemäß Barbara Steininger in ihrem Aufsatz über Frauen im politischen System Österreichs (Steininger 1998). Sicherlich, die quantitative Präsenz der Frauen im Nationalrat und in den einzelnen Landtagen hat sich in den letzten Jahren etwas gebessert, aber von einer zumindest annähernden Gleichheit in den zentralen politischen Institutionen kann noch lange keine Rede sein (vgl. Haller 1999, Köpl 1999).

Nach dem Stand vom 31.12.1999 beträgt der Frauenanteil im Nationalrat ganze 26,8% (vgl. www.parlament.gv.at), wobei Österreich im europäischen Durchschnitt sogar im guten Mittelfeld liegt (Hoecker 1997, 5). In manchen Landtagen sieht es hingegen weit trister als im Nationalrat aus. So weist etwa die vielgepriesene „älteste Festlanddemokratie“ Tirol nach den Landtagswahlen vom März 1999 einen Frauenanteil von 13,9% auf, während Wien mit 32% die Landtags-Rangordnung anführt.

Bei der Frage nach den Ursachen für diese Unterrepräsentation von Frauen gibt es unter-

schiedliche theoretische Ansätze. So unterscheidet Pippa Norris (1991) den *traditionalen Ansatz*, demzufolge Frauen weniger politisch interessiert und informiert sind als Männer und ein geringeres Engagement im konventionellen politischen Bereich zeigen, den *radikalen Ansatz*, nach dem Frauen nicht weniger, sondern eher auf eine andere Art und Weise partizipieren als Männer, und den *revisionistischen Ansatz*, der von der Gemeinsamkeit politischen Verhaltens von Frauen und Männern ausgeht und darauf hinweist, dass die geschlechtsspezifischen Unterschiede überbetont worden seien.

Als generelle Einflussfaktoren auf das weibliche Partizipationsverhalten werden allgemein die politische Kultur, individuelle sozioökonomische Voraussetzungen sowie institutionelle Gegebenheiten angegeben (Hoecker 1995, 28).

Wenden wir uns der ersten Determinante, der politischen Kultur zu. Darunter verstehen Almond und Verba die Summe der politisch relevanten Meinungen, Einstellungen und Werte der Mitglieder eines Landes gegenüber einem politischen System, die im Zuge des politischen Sozialisationsprozesses geprägt und übermittelt werden (Almond/Verba 1963, 14) und die über

diesen Weg das politische System selbst prägen. Dazu gehört auch die politische Kommunikation. Denn die Vermittlung von politischen Traditionen, Wertvorstellungen, Meinungen, Verhaltensweisen und Verhaltensstilen der Zivilgesellschaft und der politischen Eliten erfolgt über die politische Kommunikation, die auch das Vehikel für die Tradierung der patriarchalen politischen Kultur ist. In den letzten Jahren und Jahrzehnten ist diese patriarchale politische Kultur etwas aufgeweicht worden, wie eine Reihe von empirischen Studien belegen (vgl. Hoecker 1995, 30–31). Auch wird die politische Partizipation von Frauen gesellschaftlich stärker akzeptiert. Aber von einer völligen institutionellen Gleichheit der Frauen kann noch lange nicht gesprochen werden (vgl. Hoecker 1997).

Dass die Massenmedien bei der geschlechtsspezifischen Weitergabe von kulturellen Werten eine wesentliche Rolle spielen, darauf ist bereits vor 20 Jahren hingewiesen worden (vgl. Schenk 1981). Untersuchungen über das Rollenmuster in den Medien (nicht nur) der Bundesrepublik Deutschland haben wiederholt festgestellt, dass die Massenmedien ein traditionales Frauenbild vermitteln (Cornelissen 1993, Fröhlich 1992).

In diesem Zusammenhang kommt der politischen Kommunikation, verstanden als Austausch und Konfrontierung von und mit Inhalten von öffentlich-politischem Interesse, die vom politischen System, vom Mediensystem und von den wahlberechtigten BürgerInnen produziert werden, eine wesentliche Bedeutung zu (vgl. Mazzoleni 1998, 43)

Politische Kommunikation legt sich wie ein Netz über die drei zentralen Einflussfaktoren der politischen Partizipation von Frauen. Einmal durch die Tradierung einer androzentrierten politischen Kultur, die unter anderem den Nachrichtenwert „Frau“ gering hält, dann als sozioökonomische Kommunikationshürde auf Grund des Alters, der Bildung, des Berufs usw. und schließlich als institutioneller Faktor, wenn das Mediensystem als Teil des politischen Systems betrachtet wird.

Wenn somit Frauen wie bei der UN-Frauenkonferenz in Peking 1995 immer wieder gleich-

berechtigte Zugangschancen für politische Ämter fordern, um einen Wandel der politischen Entscheidungsprozesse zugunsten der Gleichberechtigung von Frauen zu erreichen, so liegt darin implizit auch eine kommunikationspolitische Forderung, bildet politische Kommunikation doch eine immer wesentlichere Voraussetzung für den realen Zugang zu den politischen Machtzentren.

Wenn wir von der soeben angeführten Definition politischer Kommunikation ausgehen, nach der es sich um ein Produkt des Austausches innerhalb eines öffentlichen Raums handelt, also zwischen dem politischen System, dem Mediensystem und den WählerInnen, so sehen wir, dass dieser Austausch zum Großteil über die Kanäle der Massenkommunikation erfolgt. Heute umfassen die Medien jenen Raum, wo die Politik veröffentlicht, präsentiert und vermittelt wird und wo der Austausch unter den besagten drei Bereichen erfolgt. Und wie das Fernsehen als dominantes Medium in die Häuser eingedrungen ist, so ist diese primäre Sozialisationsagentur und Vermittlerin politischer Kultur dank ihrer Funktion auch in die Politik vorgedrungen (Mazzoleni 1998, 49–51). Diese Mediatisierung der Politik ist schrittweise vor sich gegangen und hat allmählich das gesamte politische System durchdrungen. Nach Denis McQuail (1994, 19) sind Massenmedien:

1. Eine Quelle der Macht; ein Instrument der Beeinflussung, der Kontrolle und der Innovation in der Gesellschaft. Sie sind primäre Transmissionsmittel sowie Informationsquellen, die für das Funktionieren fast aller sozialer Institutionen unverzichtbar sind.
2. Sie bilden den Ort (oder die Arena), wo sich viele nationale und internationale Ereignisse des öffentlichen Lebens abspielen.
3. Sie bilden eine wichtige Quelle zur Definierung und Versinnbildlichung der sozialen Realität und sind somit jener Ort, wo kulturelle Änderungen konstruiert und konserviert werden, sich aber auch kulturelle Änderungen, der Wandel gesellschaftlicher Werte und einzelner Gruppen manifestieren.
4. Sie bilden den Schlüssel, um Bekanntheit und Berühmtheit und um allgemein politische Visibilität zu erlangen.

5. Sie sind die Quelle eines Systems zur Bedeutungszuweisung für die öffentliche Sphäre.

Über die Massenmedien erreichen politische Akteure die WählerInnen, Grundvoraussetzung und Legitimation zum Management der Politik in modernen Demokratien (vgl. Pasquino 1991). Politische Akteure sind darauf ausgerichtet, entweder bereits eroberte Machtpositionen zu verteidigen und somit den einmal gewonnenen Konsens aufrechtzuerhalten oder neue Machtpositionen zu erobern.

Seitdem die politischen Subkulturen einem immer stärkeren Prozess der Erosion ausgesetzt sind, die Parteibindungen stark abnehmen und der Anteil der WechselwählerInnen zunimmt, kommt den Massenkommunikationsmitteln als politischen Wettbewerbsinstrumenten noch größere Bedeutung zu. Der Verlust inhaltlicher Auseinandersetzungen um unterschiedliche politische Zielvorstellungen wird immer stärker durch professionelles Medienmanagement zu ersetzen versucht (vgl. Swanson/Mancini 1996).

Aber unabhängig davon, ob die politische Kommunikation mehr auf die Vermittlung von Inhalten oder stärker auf die Personalisierung der Politik ausgerichtet ist – die kommunikative Interaktion zwischen den politischen Akteuren und WählerInnen erfolgt heute ganz wesentlich über die Massenmedien, besonders über das Fernsehen. Wer somit erfolgreich Politik betreiben und seine Zugangschancen zur Macht potenzieren will, muss sich via Massenmedien einen Platz in der Medienöffentlichkeit erobern, zumal die politischen Eliten ihre potentiellen WählerInnen „kaum anders als vermittelt über die Medien erreichen“ (Beyme/Weßler 1998, 314).

Für politische Akteure bedeutet die Eroberung der Öffentlichkeit zugleich Visibilität und Schaffung einer autonomen Identität, auch wenn damit noch nichts über die Art und Weise ausgesagt ist, wie ein Medium die verschiedenen Subjekte präsentiert oder, umgekehrt, wie professionell die massenmediale Darstellungskompetenz und das strategische Themenmanagement der Akteure sind (vgl. Schmitt-Beck/Pfetsch 1994). Außerdem darf die informative Relevanz der Akteure nicht auf das Konzept der Visibilität oder Publizität (Marcinkowski 1993) allein re-

duziert werden. Aber unabhängig von einer Vielzahl von Variablen bildet gerade diese Visibilität in Massendemokratien die Grundvoraussetzung für die „Erschaffung der PolitikerInnen“.

Ohne hier den Begriff der Öffentlichkeit problematisieren zu wollen (vgl. dazu etwa Bentele/Haller 1997, Habermas 1962, Klaus 1998, 96–124), gilt die politische Öffentlichkeit als Teil des politischen Systems, „in dem Politik hergestellt und dargestellt, politische Entscheidungen durchgesetzt und begründet werden“ (Sarcinelli 1993, 35). In dieser Hinsicht geht der partizipatorische Begriff von Öffentlichkeit unter anderem von der prinzipiellen Gleichheit der Zugangschancen aus und inkludiert die materiellen Garantien für diese Gleichheit (Lang 1997, 49). Medien stellen eine solche Öffentlichkeit im Sinne von Allgemein zugänglichkeit her. Sie schaffen damit ein politisches Forum, eine mediale Agora, wo sich eine öffentliche Meinung bildet und auf der die Willensbildung des Souveräns beruht (vgl. Schulz 1997, 101). Aber wie eine Vielzahl von Studien belegt, sind Frauen von dieser Öffentlichkeit stark ausgeschlossen (vgl. Lünenborg 1997, Klaus 1998, 106). Gaye Tuchman (1980) hat einmal gar von einer „Verbannung in die symbolische Nicht-Existenz“ gesprochen.

2. Fallbeispiel Österreich

2.1. Frauen in den ORF-Nachrichtensendungen

Die schwache Präsenz von Frauen in den Fernseh-Nachrichtensendungen des ORF bestätigen diesen Ausschluss. Grundlage dafür ist der Jahresdatensatz 1998 der *forschungsgruppe mediAwatch* (Innsbruck). Danach strahlte der ORF im Untersuchungszeitraum 1. Jänner 1998 bis 20. Dezember 1998 insgesamt 705 Stunden Nachrichten aus (Zeit im Bild, ZiB 2, ZiB 3, Tages-Kurz-ZiBs). Insgesamt erfasste die *forschungsgruppe mediAwatch* 115 Stunden Sendezeit, bezogen auf die Präsenz innenpolitischer Themen und Akteure. Insgesamt wurden 5.914 Berichte erfasst, die für die Datenanalyse

in 37.712 Einzelsequenzen zerlegt wurden. Der relevante, also Österreich-bezogene Anteil der ORF TV-Nachrichten lag bei lediglich 16,3%. Allerdings gab es signifikante Unterschiede je Nachrichtensendung. Die ZiB 2 lag mit knapp 30 % Sendungsanteil bei der Innenpolitik in Führung, gefolgt von der ZiB, die bei 23% lag und der ZiB 3 mit knapp 22%. Mit durchschnittlich 11% fiel der Österreich-Bezug in den „kleinen“ ZiBs bedeutend geringer aus.

Die quantitative und qualitative Untersuchung erfolgte nach formalen und inhaltlichen Kriterien (vgl. dazu Rositi 1994). Die einzelnen politischen Akteure wurden nach den Kategorien „direkte Redezeit“ und „Nennungen“ erfasst. Bei der direkten Redezeit kommt der/die politische AkteurIn selbst zu Wort und spricht direkt zum Fernsehpublikum. Bei der Nennung wird von einem „alter“ über den/die politische/n AkteurIn gesprochen. Wenn deshalb von „inhaltlicher Präsenz“ gesprochen wird, so handelt es sich um die Summe der beiden Kategorien „direkte Redezeit“ und „Nennungen“.

Bei der Bildpräsenz wurden all jene politischen Akteure erhoben, die bei der Analyse auf den ersten Blick erfassbar sind. Akteure, die zwar ebenfalls im Bild erschienen sind, deren optische Identifizierung allerdings erst bei noch- oder mehrmaligen Hinsehen möglich wird, wurden nicht erfasst. Bei der Bearbeitung der Bildpräsenz wurde diese Methode sehr extensiv angewandt.

Die inhaltliche Wertung der Nennung der jeweiligen PolitikerInnen erfolgt nach der dreiteiligen Skala negativ, neutral, positiv. Dabei wurden die jeweiligen Aussagen über die einzelnen politischen Akteure in ihrer Beziehungsrelation zum „alter“ bewertet. Die Zuordnungen zu den jeweiligen Kategorien ergeben sich somit je nachdem, wie der/die „alter“ über den/die politische AkteurIn spricht. Die ausgedrückten Beziehungsformen wurden von einer eigens dazu geschulten *Focus-Group* vorgenommen. In Zweifelsfällen wurde die Kategorie neutral gewählt, weshalb diese Werte auch relativ hoch sind.

Die Quantifizierung der Präsenz erfolgte in Sekunden. (Tabelle 1)

Das Untersuchungsergebnis über das Geschlechterverhältnis kann gleich vorweg genommen werden: Im Jahr nach dem österreichischen Frauen-Volksbegehren betrug der Anteil der weiblichen Politikerinnen in den TV-Nachrichtensendungen des ORF knapp 14%. Im Zweiten Halbjahr 1997 lag dieser Anteil noch bei 18%. (Tabellen 2 und 3)

Beim Vergleich der fünf 1998 im Nationalrat vertretenen Parteien fällt auf, dass das Liberale Forum die einzige Partei war, die einen etwas größeren Frauenanteil bei den TV-Nachrichtensendungen aufwies. Der Grund lag in der starken Personalisierung und Konzentrierung der Partei auf ihre damalige Obfrau Heide Schmidt. Im Untersuchungszeitraum 1997 (ZiB und ZiB

Tabelle 1: **Grunddaten-Box**

Untersuchungsobjekte	Untersuchungszeitraum		
„Zeit im Bild“ (ZiB) 19.30 Uhr täglich	1.1.1998 – 20.12.1998		
„ZiB 2“ um 22.00 Uhr Montag bis Freitag	1.1.1998 – 20.12.1998		
„ZiB 3“ um 0.00 Uhr Montag bis Freitag	12.1.1998 – 20.12.1998		
„ZiB“ 9.00 Uhr täglich	2.2.1998 – 20.12.1998		
„ZiB“ 12.00 Uhr täglich Montag bis Freitag	2.2.1998 – 20.12.1998		
„ZiB“ 13 Uhr täglich	2.2.1998 – 20.12.1998		
„ZiB“ 17 Uhr täglich	2.2.1998 – 20.12.1998		
„ZiB“ Samstag spätabends (variable Beginnzeiten)	2.2.1998 – 20.12.1998		
„ZiB“ Sonntag spätabends (variable Beginnzeiten)	2.2.1998 – 20.12.1998		
ORF TV-Nachrichtensendungen	Stunden	Minuten	Relevanz
TV-Nachrichten Gesamtsendedauer	705	42.300	100%
Österreich-bezogener Anteil der TV-Sendezeit	115	6.900	16,3%
Anzahl der Sendungen	2.158		
Anzahl der relevanten Berichte	5.914		
Anzahl der Analysesequenzen	37.712		

Tabelle 2: **Geschlechterverhältnis in der innenpolitischen Berichterstattung in allen „Zeit im Bild“-Sendungen (Inhaltliche Präsenz)**

Untersuchungsobjekt	Geschlechterverhältnis	Prozent
Alle ZiB-Sendungen 1998	Männer	86,3
	Frauen	13,8

Quelle: forschungsgruppe mediAwatch Jahresbericht 1998

Aufgeschlüsselt nach den einzelnen Parteien ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 3: **Geschlechterverhältnis: Parteien im Vergleich (in Prozent)**

	Männer	Frauen
SPÖ	89,3	10,7
ÖVP	89,6	10,4
FPÖ	97,8	2,2
Grüne	58,1	41,9
LIF	38,0	62,0

Quelle: forschungsgruppe mediAwatch Jahresbericht 1998

2) betrug die Personalisierungsrate von Heide Schmidt unter allen in den ORF-TV-Nachrichtensendungen präsenten politischen AkteurenInnen des LIF 70,1% inhaltliche und 53,6% Bild-Präsenz. Außerdem hatte Heide Schmidt im Untersuchungszeitraum 1998 für das Amt der Bundespräsidentschaft kandidiert und dadurch stark gepunktet (vgl. Pallaver 1999).

Neben dem LIF kamen lediglich die Grünen auf einen hohen Frauenanteil (41,9%), während die anderen drei in der XX. Gesetzgebungsperiode im Nationalrat vertretenen Parteien bei den Nachrichtensendungen eindeutig männerdominiert waren. Eklatant war das Missverhältnis bei der FPÖ, die in den Nachrichtensendungen mit insignifikanten 2,2 % Frauenanteil aufschien, während die beiden damaligen Regierungsparteien SPÖ und ÖVP einen Frauenanteil von 10% aufwiesen.

Da die in den TV-Nachrichtensendungen des ORF präsenten Frauen im wesentlich dem Parlament oder der Regierung angehören, sei ein entsprechender Vergleich angestellt. (Tabelle 4)

Im Vergleich zur Frauenvertretung im Nationalrat und in der Regierung liegt die TV-Präsenz der Frauen hinter ihrer realen Präsenz. Eine Ausnahme bildet das LIF, das in den ORF-Nachrichtensendungen doppelt so hoch vertreten war als es seinem Anteil der Abgeordneten im Nationalrat entsprach. Bei den Grünen stimmt die reale Präsenz der Frauen mit der TV-Präsenz überein (40%). Auch bei diesem Vergleich sehen wir, dass bei der FPÖ, die als „fast reine Männerpartei“ gilt (Steininger 1998, 280), das Geschlechterverhältnis im Nationalrat und in den Nachrichtensendungen eindeutig zu Gunsten der Männer ausfiel. Aber auch bei den beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP lag der

Tabelle 4: **Frauenanteil im Nationalrat (1998), in der Regierung und in den ZiB-Nachrichtensendungen im Vergleich (in Prozent)**

	Nationalrat	Regierung	ZIBs 1998
SPÖ	22,0	12,5	10,7
ÖVP	16,1	12,5	10,4
FPÖ	18,0	–	2,2
Grüne	40,0	–	41,9
LIF	30,8	–	62,0

Quellen: Appelt 1998, 108, forschungsgruppe mediAwatch Jahresbericht 1998

TV-Frauenanteil beträchtlich hinter ihrer realen parlamentarischen Vertretung zurück.

In der Rangordnung der ersten 100 PolitikerInnen, die im Untersuchungszeitraum in den TV-Nachrichtensendungen des ORF präsent waren, befinden sich 16 Frauen (16%). (Tabelle 5)

Unter den ersten 20 PolitikerInnen finden wir nur drei Frauen (15%): Gertraud Knoll, der evangelischen Superintendentin des Burgenlandes, wurde als Bundespräsidentchaftskandidatin die meiste TV-Präsenz (Platz 6) eingeräumt. Es folgen die LIF-Obfrau Heide Schmidt, die ebenfalls für dieses Amt kandidiert hatte

(Platz 8), und die Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz Barbara Prammer (Platz 17). Dehnen wir den Vergleich auf die ersten 25 Plätze aus, so finden wir darunter sechs Frauen (24%). Von den 16 Frauen unter den ersten hundert PolitikerInnen gehören fünf der SPÖ an, vier der ÖVP, drei den Grünen, zwei der FPÖ und eine dem LIF.

Bei dieser Rangliste muss man sich allerdings auch die Qualität der Präsenz selbst ansehen. Bei der direkten Rede haben die PolitikerInnen die Möglichkeit, ihre Botschaft ungefiltert zu verbreiten. Dies bedeutet, dass die Botschaften von der eigenen Perspektive aus gesehen im-

Tabelle 5: **Die Präsenz der Top 100 PolitikerInnen** (in Sekunden)

	Inhalt	Redezeit	Nennungen
1. Haider Jörg	19.096	5.587	13.509
2. Klima Viktor	18.551	8.217	10.334
3. Klestil Thomas	16.527	2.554	13.973
4. Schüssel Wolfgang	13.556	7.225	6.331
5. Rosenstingl Peter	9.252	108	9.144
6. Knoll Gertraud	8.861	1.841	7.020
7. Schlögl Karl	8.619	4.659	3.960
8. Schmidt Heide	7.714	2.662	5.052
9. Farnleitner Hannes	7.146	2.342	4.804
10. Einem Caspar	5.944	3.058	2.886
11. Edlinger Rudolf	5.813	2.549	3.264
12. Gratzer Bernhard	5.800	1.011	4.789
13. Lugner Richard	4.307	1.291	3.016
14. Zilk Helmut	3.847	1.096	2.751
15. Khol Andreas	3.581	2.156	1.425
16. Fischer Heinz	3.549	2.208	1.341
17. Prammer Barbara	3.408	1.563	1.845
18. Nowak Karl Walter	3.257	843	2.414
19. Pilz Peter	3.250	1.632	1.618
20. Westenthaler Peter	2.700	1.484	1.216
21. Petrovic Madeleine	2.464	1.947	517
22. Gehrler Elisabeth	2.408	1.046	1.362
23. Hostasch Eleonore	2.402	1.198	1.204
24. Bartenstein Martin	2.383	1.022	1.361
25. Habsburg Karl	2.245	393	1.852
...			
38. Klasnic Waltraud	1.460	896	564
41. Rauch-Kallat Maria	1.251	945	306
45. Langthaler Monika	1.097	516	581
55. Ferrero-Waldner Benita	706	440	266
67. Riess-Passer Susanne	516	333	183
77. Stenzel Ursula	430	360	70
79. Stoisits Terezija	426	341	85
85. Fekter Maria Theresia	392	330	62
88. Dohnal Johanna	382	222	160
91. Pittermann Elisabeth	368	301	67

Quelle: forschungsguppe mediAwatch Jahresbericht 1998

mer positiv sind, während bei den Nennungen die PolitikerInnen Objekt der Berichterstattung sind, womit ihre Botschaft immer über Dritte an die ZuseherInnen gelangt und außerhalb ihrer Kontrolle liegt. Vergleichen wir also die direkte Redezeit der Politiker und Politikerinnen, so sehen wir, dass den drei Frauen unter den zwanzig Erstplazierten (15%) eine direkte Redezeit von lediglich 11,2% eingeräumt worden ist. Dieser Prozentsatz erhöht sich auf 20,7%, wenn die ersten 25 PolitikerInnen als Vergleich herangezogen werden.

Unter den fünf 1998 im Nationalrat vertretenen Parteien wurde nur das LIF von einer Frau als Parteivorsitzende angeführt. Heide Schmidt vom Liberalen Forum liegt in der TV-Rangordnung auf Platz vier, hinter ihr der Sprecher der Grünen Alexander Van der Bellen. Heide Schmidt erreicht bei der inhaltlichen Präsenz (direkte Rede und Nennungen) 12,6%, bei der direkten Redezeit 10,6%, bei den Nennungen 14,1%. Schmidt liegt damit in allen Kategorien an vierter Stelle. Der Rangordnung entspricht das Ergebnis der Nationalratswahlen von 1995, bei denen sich das LIF (5,5%) hinter der SPÖ, der ÖVP und der FPÖ platzierte (vgl. Plasser/Ullram/Ogris 1996, 345). (Tabelle 6)

Bei der Wertung der Nennungen der Parteivorsitzenden ist auffällig, dass Heide Schmidt

mit 8,8% den höchsten Wert an positiven Nennungen verbuchen kann. (Tabelle 7)

Der 1998 amtierenden Regierung (inklusive StaatssekretärInnen) gehörten neben Bundeskanzler Viktor Klima 15 Mitglieder an. Acht Regierungsmitglieder stellte die SPÖ, sieben die ÖVP und ein Minister war parteiunabhängig. Unter den 16 Mitgliedern der Regierung finden wir vier Frauen (drei Ministerinnen, eine Staatssekretärin), was 25% entspricht.

Wenn wir nun die mediale Präsenz der weiblichen Regierungsmitglieder analysieren, so finden wir die erste Frau erst auf Platz 7. Unter den ersten zehn MinisterInnen befinden sich drei Frauen. Vergleicht man die inhaltliche Präsenz von männlichen und weiblichen Regierungsmitgliedern, so reduzieren sich die 25% „realer Präsenz“ auf weniger als die Hälfte, nämlich auf 11,6%. Dieser Prozentsatz bleibt auch bei der Aufschlüsselung der inhaltlichen Präsenz in direkte Redezeit (11,7%) und Nennungen (11,6%) derselbe. (Tabelle 8)

Unter den 183 Nationalratsabgeordneten befanden sich am 1.9.1998 neben 134 Männern 49 Frauen, was einem Prozentanteil von 26,8 entspricht. (Tabelle 9)

Betrachtet man die von ihrer quantitativen Präsenz her gesehenen ersten 30 Nationalratsabgeordneten in den ORF-Nachrichtensendun-

Tabelle 6: **Die Präsenz der Parteivorsitzenden**

	Inhalt		Redezeit		Nennungen	
	Sekunden	%	Sekunden	%	Sekunden	%
Haider Jörg (FPÖ)	19.096	31,3	5.587	22,4	13.509	37,5
Klima Viktor (SPÖ)	18.551	30,4	8.217	32,9	10.334	28,7
Schüssel Wolfgang (ÖVP)	13.556	22,2	7.225	29,0	6.331	17,5
Schmidt Heide (LIF)	7.714	12,6	2.662	10,6	5.052	14,1
Van der Bellen Alexander (Grüne)	2.090	3,5	1.276	5,1	814	2,2
Summe	61.007	100,0	24.967	100,0	36.040	100,0

Quelle: forschungsgruppe mediAwatch Jahresbericht 1998

Tabelle 7: **Die Nennung der Parteivorsitzenden – gewertet (in Prozent)**

	negativ	neutral	positiv
Haider Jörg (FPÖ)	15,8	80,4	3,8
Klima Viktor (SPÖ)	7,5	88,9	3,6
Schüssel Wolfgang (ÖVP)	2,1	96,5	1,4
Schmidt Heide (LIF)	6,1	85,1	8,8
Van der Bellen Alexander (Grüne)	0,0	96,9	3,1

Quelle: forschungsgruppe mediAwatch Jahresbericht 1998

Tabelle 8: **Die Präsenz der Regierungsmitglieder** (Angabe in Sekunden)

	Inhalt	Redezeit	Nennungen
1. Klima Viktor (SPÖ)	18.551	8.217	10.334
2. Schüssel Wolfgang (ÖVP)	13.556	7.225	6.331
3. Schlögl Karl (SPÖ)	8.619	4.659	3.960
4. Farnleitner Hannes (ÖVP)	7.146	2.342	4.804
5. Einem Caspar (SPÖ)	5.944	3.058	2.886
6. Edlinger Rudolf (SPÖ)	5.471	2.549	2.922
7. Prammer Barbara (SPÖ)	3.408	1.563	1.845
8. Gehrer Elisabeth (ÖVP)	2.408	1.046	1.362
9. Hostasch Eleonore (SPÖ)	2.402	1.198	1.204
10. Barteinstein Martin (ÖVP)	2.383	1.022	1.361
11. Fasslabend Werner (ÖVP)	2.080	1.093	987
12. Molterer Wilhelm (ÖVP)	1.254	684	570
13. Ruttendorfer Wolfgang (SPÖ)	1.087	644	443
14. Wittmann Peter (SPÖ)	959	332	627
15. Ferrero-Waldner Benita (ÖVP)	706	440	266
16. Michalek Nikolaus (parteilos)	661	177	484
Summe	76.635	36.249	40.386

Quelle: forschungsgruppe mediAwatch Jahresbericht 1998

Tabelle 9: **Frauenanteil im Nationalrat** (1.9.1998)¹

	Gesamt 183	SPÖ	ÖVP	FPÖ	LIF	Grüne
Männer	134	71	52	41	9	9
Frauen	49	20	10	9	4	6
Männeranteil	73,2%	78,0%	83,9%	82,0%	69,2%	60,0%
Frauenanteil	26,8%	22,0%	16,1%	18,0%	30,8%	40,0%

Quelle: Appelt 1998, 108

gen, so finden wir darunter lediglich fünf Frauen. Auffällig ist dabei, dass drei davon aus den Reihen der Grünen kommen (Petrovic, Langthaler, Stoisits), eine Abgeordnete gehört dem LIF (Schmidt), die andere der ÖVP (Rauch-Kallat) an. Sozialdemokratische und freiheitliche Frauen scheinen unter den ersten 30 Abgeordneten nicht auf. (Tabelle 10)

2.2. Themenfelder

Sachthema Nummer eins der ORF-Nachrichtensendungen im Untersuchungsjahr 1998 war die Europäische Union. Dieses Themenfeld, verstanden als übergreifender Politikbereich, der mehrere Themen umfassen kann, erhielt durch die österreichische EU-Präsidentschaft ein besonderes mediales Gewicht, verstärkt durch Debatten zum Euro und zur EU-Osterweiterung. Auf Rang zwei befinden sich „Skandale & Affären“ mit dem Fall Peter Rosenstingl, dem

Wiener Bauskandal, der später als nicht existent entlarvten „Spionageaffäre“ Zilk und den Habsburgischen Spenden-Ungereimtheiten. Dahinter platzierten sich parteibezogene Themen wie der „Zustand der FPÖ“ oder das SPÖ-Programm. Es folgten die Bundespräsidentchaftswahlen, die Finanzen (Stichwort Steuerreform) und die Sicherheit mit Themen wie NATO und Neutralität. Auf Rang elf des Themenfeldrankings liegt die Debatte um die Beschäftigung, während das Themenfeld „Ausländer“ erst auf Platz 13 zu finden ist.

Wenn man einen Blick auf die Themen im einzelnen wirft, so wird deutlich, dass stark personenbezogene Themen dominierten. Die fünf meistdiskutierten Themen waren: Ein „Amt“ (EU-Präsidentschaft), eine Wahl (Bundespräsidentenschaft), ein Skandal und seine Folgen (Fall Rosenstingl und der Zustand der FPÖ) und ein Unglück (Bergwerk Lassing). Erst auf Rang 6 befindet sich ein Sachthema im engeren Sinne, nämlich die Steuerreform. (Tabelle 11)

Tabelle 10: **Die Präsenz der NationalrätInnen** (in Sekunden)

	Inhalt	Redezeit	Nennungen
1. Haider Jörg	19.096	5.587	13.509
2. Rosenstingl Peter	9.252	108	9.144
3. Schmidt Heide	7.714	2.662	5.052
4. Khol Andreas	3.581	2.156	1.425
5. Fischer Heinz	3.549	2.208	1.341
6. Petrovic Madeleine	2.464	1.947	517
7. Stadler Ewald	2.181	1.254	927
8. Van der Bellen Alexander	2.090	1.276	814
9. Kostelka Peter	1.935	1.407	528
10. Prinzhorn Thomas	1.744	533	1.211
11. Verzetnitsch Fritz	1.569	1.182	387
12. Trattner Gilbert	1.489	1.071	418
13. Rauch-Kallat Maria	1.251	945	306
14. Haselsteiner Hanspeter	1.231	447	784
15. Barmüller Thomas	1.205	850	355
16. Mentil Hermann	1.189	241	948
17. Langthaler Monika	1.097	516	581
18. Kier Volker	1.083	823	260
19. Nowotny Ewald	818	693	125
20. Scheibner Herbert	696	507	189
21. Leikam Anton	651	444	207
22. Amon Werner	584	435	149
23. Kukacka Helmut	562	461	101
24. Mock Alois	494	370	124
25. Edler Josef	463	295	168
26. Meischberger Walter	459	24	435
27. Parnigoni Rudolf	437	426	11
28. Gaugg Reinhard	431	224	207
29. Stoisits Terezija	426	341	85
30. Peter Helmut	412	314	98

Quelle: forschungsgruppe mediAwatch Jahresbericht 1998

Auch die ORF-Berichterstattung über die verschiedenen Themenfelder war 1998 männerdominiert, während die „soft issues“ erst gar nicht zum Zuge kamen. So lag beispielsweise die Berichterstattung über die Umwelt im Gesamt-Themenfeldranking mit 0,6% erst auf Rang 27.

Die Männerdominanz kommt bei der Aufschlüsselung einzelner Themen nach dem Geschlechterverhältnis ebenfalls recht deutlich zum Ausdruck. (Tabelle 12)

Wie aus diesen vier Beispielen ersichtlich wird, sind Männer bei den hier aufgeschlüsselten Themenfeldern überproportional präsent. Dies kommt besonders krass im Bereich „Sicherheit“ (92,6%) und bei „Arbeit und Soziales“ (96,1%) zum Ausdruck.

Mit über 70.000 Sekunden oder rund 19 Stunden sowie mit über 17% Anteil an allen für die Untersuchung relevanten österreichspezifischen

Issues nahm „Europa“ in den Zeit-im-Bild-Nachrichtensendungen im Jahr 1998 eine herausragende Stellung ein, zumal darunter nicht nur der EU-Ratsvorsitz Österreichs fiel, sondern auch die Beschlussfassung über den Euro, die Vorbereitungsverhandlungen für die Agenda 2000 und die Beitrittsverhandlungen mit den Staaten des ehemaligen Ostblocks.

Das Geschlechterverhältnis bei diesem Themenfeld wird hier gesondert untersucht und der Untersuchungszeitraum vom 1.7. bis 20.12.1998 lediglich auf die Periode des EU-Ratsvorsitzes beschränkt. Aufgeschlüsselt wurde dabei die Präsenz der ersten 15 PolitikerInnen. Beim Top Themenfeld Europa ist die Männerpräsenz mit 92,5 % gegen 7,5 % (inhaltliche Präsenz) ebenfalls erdrückend. Aufgeschlüsselt nach den einzelnen PolitikerInnen finden wir unter den ersten 15 drei Frauen, wobei die erste auf Platz zehn aufscheint. Das entspricht zwar einem

Tabelle 11: **Quantitative Präsenz der ersten 30 innenpolitische Themenfelder in den ORF-Nachrichtenberichterstattung**

	Sek.	%
1. EU	70.739	17,1
2. Skandale & Affären	42.446	10,2
3. Parteien	38.349	9,3
4. Wahlen	36.478	8,8
5. Sicherheit	24.627	5,9
6. Finanzen	23.529	5,7
7. Verkehr	17.824	4,3
8. Katastrophen und Unfälle	15.699	3,8
9. Kriminalität	13.179	3,2
10. Energie	10.594	2,6
11. Innere Sicherheit	10.589	2,6
12. Beschäftigung	10.551	2,5
13. Ausländer	9.080	2,2
14. Kunst & Kultur	7.633	1,8
15. Arbeit & Soziales	7.256	1,8
16. Wirtschaft	6.540	1,6
17. Gesundheit	6.247	1,5
18. Konsumentenschutz	6.237	1,5
19. Unterricht	5.393	1,3
20. Historische Aufarbeitung	4.951	1,2
21. Staatsbesuche	4.217	1,0
22. Internationale Beziehungen	4.101	1,0
23. Demokratie/Politische Kultur	3.420	0,8
24. Feierlichkeiten	3.331	0,8
25. Verbände	2.852	0,7
26. Personal Issue	2.829	0,7
27. Umwelt	2.635	0,6
28. Familie	2.515	0,6
29. Reformen	2.407	0,6
30. Direkte Demokratie	1.912	0,5

Quelle: forschungsguppe mediAwatch Jahresbericht 1998

Tabelle 12: **Geschlechterverhältnis in allen Zeit-im-Bild-Sendungen nach Themenfeldern**

Themenfeld	Männer	Frauen
Sicherheit	92,6%	7,5%
Finanzen	88,7%	11,3%
Beschäftigung	84,7%	15,3%
Arbeit und Soziales	96,1%	3,9%

Quelle: forschungsguppe mediAwatch Jahresbericht 1998

Anteil von 20%, bei der inhaltlichen Präsenz liegt der Wert aber nur bei 7,5%. Beim Vergleich der direkten Redezeit verbessert sich das Verhältnis zwar leicht (89,9% : 10,2%), fällt aber bei den Nennungen wieder stark zurück (95,8% : 4,2%). (Tabelle 13)

In der Regierung waren die Frauen im Untersuchungszeitraum mit 25% vertreten. Allerdings liegt ihre Nachrichtenpräsenz in der EU-Berichterstattung weit hinter diesem Prozentsatz zu-

Tabelle 13: **Die Top 15 PolitikerInnen in der EU-Berichterstattung (in Sekunden)**

	Inhalt	Redezeit	Nennungen
1. Klima Viktor	4.345	2.084	2.261
2. Schüssel Wolfgang	2.780	1.349	1.431
3. Edlinger Rudolf	1.357	865	492
4. Einem Caspar	839	489	350
5. Haider Jörg	669	393	276
6. Klestil Thomas	574	153	421
7. Molterer Wilhelm	573	317	256
8. Voggenhuber Johannes	532	441	91
9. Schlögl Karl	523	357	166
10. Hostasch Eleonore	435	301	134
11. Fischler Franz	360	111	249
12. Schmidt Heide	354	260	94
13. Bösch Herbert	295	280	15
14. Vranitzky Franz	286	264	22
15. Stenzel Ursula	280	242	38

Quelle: forschungsguppe mediAwatch: EU-Berichterstattung 1.7. – 20.12.1998

rück. Bei der inhaltlichen Präsenz (Redezeit und Nennungen) erreicht der Frauenanteil 6,4%, bei der direkten Redezeit 7,7% und bei den Nennungen 5,1%. (Tabelle 14)

2.3. ModeratorInnen und JournalistInnen

Auch der Blick auf das Geschlechterverhältnis der ORF-ModeratorInnen und der meist-präsenten JournalistInnen belegt, dass die traditionellen Rollenbilder dominieren.

Unter den zehn quantitativ erstplazierten ORF-JournalistInnen bei der innenpolitischen Berichterstattung befinden sich vier Frauen, das sind 40%. Wenn wir allerdings die zeitliche Präsenz der Journalistinnen summieren, sinkt dieser Wert auf 37,8%. (Tabelle 15)

Werden die 54 im Untersuchungszeitraum eruierten innenpolitischen Themenfelder aufgeschlüsselt, so sehen wir, dass unter den 25 erstplazierten Themenfeldern lediglich über vier mehrheitlich von Journalistinnen berichtet wurde: Katastrophen und Unfälle, Ausländer, Kunst und Kultur sowie Staatsbesuche. Das entspricht einer Quote von 16%. Bei Berücksichtigung aller 54 Themenfelder erhöht sich die Anzahl der von Journalistinnen dominierten Bereiche auf 17 (31,5%). Neben den ersten vier sind dies die Themenfelder Umwelt, Verbände, direkte De-

Tabelle 14: **Die Präsenz der Regierungsmitglieder in der EU-Berichterstattung**
(in Sekunden)

	Inhalt	Redezeit	Nennungen
1. Klima Viktor (SPÖ)	4.345	2.084	2.261
2. Schüssel Wolfgang (ÖVP)	2.780	1.349	1.431
3. Edlinger Rudolf (SPÖ)	1.297	865	432
4. Einem Caspar (SPÖ)	839	489	350
5. Molterer Wilhelm (ÖVP)	573	317	256
6. Schögl Karl (SPÖ)	523	357	166
7. Hostasch Eleonore (SPÖ)	435	301	134
8. Fasslabend Werner (ÖVP)	179	73	106
9. Ferrero-Waldner Benita (ÖVP)	100	33	67
10. Ruttendorfer Wolfgang (SPÖ)	97	19	78
11. Gehrer Elisabeth (ÖVP)	96	63	33
12. Farnleitner Hannes (ÖVP)	88	46	42
13. Barteinstein Martin (ÖVP)	84	63	21
14. Wittmann Peter (SPÖ)	77	23	54
15. Prammer Barbara (SPÖ)	71	42	29
16. Michalek Nikolaus (parteilos)	8	0	8

Quelle: forschungsguppe mediAwatch: EU-Berichterstattung 1.7. – 20.12.1998

Tabelle 15: **Die Top 10 ORF-JournalistInnen**
(innenpolitische Berichterstattung)

	Sekunden
1. Dittelbacher Fritz	9.860
2. Vospornik Cornelia	8.488
3. Bürger Hans	8.218
4. Bohusch Andreas	7.763
5. Reininghaus Sigrun	6.643
6. Wiesner Robert	6.158
7. Pfisterer Eva	5.668
8. Gehrer Stefan	5.110
9. Seebauer Barbara	3.921
10. Normann Franz	3.528

Quelle: forschungsguppe mediAwatch, Jahresbericht 1998

Tabelle 16: **Aufschlüsselung der innenpolitischen Themenfelder nach männlicher und weiblicher Berichterstattung** (in Prozent)

Themenfelder	Journalisten	Journalistinnen
1. Skandale & Affären	73,3	26,7
2. Parteien	66,8	33,2
3. EU-Ratsvorsitz	66,9	33,2
4. Finanzen	61,6	38,5
5. Wahlen	67,1	32,9
6. Sicherheit	70,8	29,2
7. Verkehr	61,5	38,5
8. Kriminalität	66,8	33,2
9. Katastrophen & Unfälle	46,7	53,4
10. Innere Sicherheit	54,9	45,1
11. Energie	61,3	38,7
12. Beschäftigung	65,8	34,2
13. Ausländer	47,9	52,1
14. Kunst & Kultur	39,2	60,8
15. Konsumentenschutz	68,7	31,3
16. Familie	70,6	29,4
17. Wirtschaft	72,2	27,8
18. Reformen	67,7	32,3
19. Gesundheit	65,5	34,5
20. Arbeit & Soziales	64,1	35,9
21. Diverse	73,2	26,8
22. Internationale Beziehungen	60,0	40,1
23. Osterweiterung	50,3	49,7
24. Staatsbesuche	49,2	50,8
25. Historische Aufarbeitung	50,9	49,1

Quelle: forschungsguppe mediAwatch Jahresbericht 1998

mokratie, Kirche, Sport, Telekommunikation, Menschenrechte, Gesellschaftspolitik, Justiz, Banken, Frauen, Institutionen und Minderheiten. (Tabelle 16)

Interessant ist auch die Aufschlüsselung nach dem Geschlechterverhältnis bei den ORF-ModeratorInnen. Unter den ersten zehn befinden sich 4 Frauen (40%), ihr Redeanteil beträgt aber nur 32,6%. Aufschlussreich ist in dieser Hinsicht die Platzierung der jeweiligen Co-Moderatorin in der ZiB um 19.30 Uhr. Hannelore Veit hatte im Untersuchungszeitraum weniger als die Hälfte an innenpolitischer Redezeit (5.163 Sekunden oder 39,3%) als ihr Partner Josef Broukal (13.132 Sekunden, 60,7%).

Ähnlich stellt sich das Zeitverhältnis zwischen Martin Traxl und Danielle Spera dar. Während Traxl mit 12.639 Sekunden Platz 4 einnimmt, befindet sich Spera nicht einmal unter den ersten 10. (Tabelle 17)

Tabelle 17: Die Top 10 ORF-ModeratorInnen (innenpolitische Berichterstattung)	
	Sekunden
1. Hochner Robert	14.699
2. Heinke Hans Georg	14.528
3. Broukal Josef	13.132
4. Traxl Martin	12.639
5. Thurnherr Ingrid	11.457
6. Fenderl Birgit	10.900
7. Stamm Alfred	6.464
8. Veit Hannelore	5.163
9. Nemeth Thomas	5.141
10. Roth-Rothenhorst Liliane	4.748
Quelle: forschungsgruppe mediAwatch Jahresbericht 1998	

Schlüsselt man beispielsweise die 54 moderierten Themenfelder der Innenpolitik des Tandems Broukal/Veit auf, so dominiert Broukal unter anderem die Themenfelder Innere Sicherheit, Katastrophen und Unfälle, Kriminalität, Parteien, Skandale und Affären, Verkehr, Wahlen, Wirtschaft, Ausländer, Beschäftigung, Familie und Finanzen. Veit dominiert Themenfelder wie Menschenrechte, Osterweiterung, Staatsbesuche und Umwelt. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Aufschlüsselung derselben Themenfelder beim Duo Traxl/Spera.

3. „Männlicher“ Nachrichtenwert

Nach der Präsentation der „männerdominierten“ Daten wenden wir uns nun der Frage zu, nach welchen Kriterien Nachrichten ausgewählt werden, wie sich Personen und Themen die mediale Öffentlichkeit erobern.

Der Zugang zu dieser medialen Öffentlichkeit hängt stark vom sozialen Status und von politischer Macht ab. Im Gegensatz zu politischen Eliten und prominenten Persönlichkeiten haben „einfache“ BürgerInnen, soziale Minderheiten und Randgruppen weit geringere Zugangschancen, wie eine lange Reihe von Studi-

en belegt (Schulz 1997, 51). Das gilt auch für Frauen. Rutherford Smith hat einmal provokant gemeint, das Fernsehen behandle Frauen als marginale Elemente des mythischen Chors, stünden selten im Zentrum und seien selten Hauptdarstellerinnen (Rutherford Smith nach Mazzoleni 1998, 91). Da aber das Fernsehen ganz wesentlich die Teile der politischen Wirklichkeit produziert, geht es in der Medien-gesellschaft weit weniger darum, parlamentarische Öffentlichkeit, als vielmehr darum, Anteile an der Fernsehkommunikation zu besitzen (Oberreuter 1998, 7, 17). Und hier liegt ein demokratisches Legitimationsproblem begraben, denn über den Zugang zu diesem zentralen Medium entscheiden weder Wähler noch Gewählte, „sondern Medienprofis mit ihren eigenen Nachrichtenwerten, Deutungsmustern und Selektionskriterien“ (ebd.).

Für Österreich hat sich Andrea Prenner bereits 1992 mit der tagesaktuellen Berichterstattung eines regionalen österreichischen Hörfunkprogramms, nämlich Radio Burgenland, beschäftigt und ist zu kaum überraschenden Ergebnissen gekommen: Nur 7,7% der HandlungsträgerInnen waren weiblichen Geschlechts. 60% aller Themen stammten aus traditionell männlichen Bereichen der Politik und der Wirtschaft. Themen wie Familie, Haushalt, Partnerschaft und Sexualität ergaben nur 1,7% aller Medienereignisse (Prenner 1992).

Auf ähnliche Ergebnisse wie Prenner kommt Monika Weiderer bei ihrer Untersuchung deutscher Fernsehprogramme (ARD, ZDF, RTL plus), aus der hervorgeht, dass lediglich 2,7% aller Nachrichtenmeldungen explizit frauenspezifische Belange aufgreifen (Weiderer 1993). Und dasselbe gilt für die italienischen Nachrichtensendungen der sieben gesamtstaatlich ausstrahlenden Fernsehkanäle.²

Dieser „Ausschluss“ von Frauen aus der Medienöffentlichkeit hat sich bis heute nicht geändert, wie auch die vorliegenden Ergebnisse belegen. Frauen sind in den Medien, in unserem Falle im ORF, schwächer vertreten als in den zentralen politischen Institutionen. Als Erklärung wird unter anderem auf die Konstruktion der Geschlechterstruktur in den Medieninhalten hingewiesen, die als „inhaltliche Di-

mension des *Gendering* im Journalismus“ bezeichnet wird (Lünenborg 1997, 170).

Die beiden Dimensionen des journalistischen *Gendering* betreffen die personale und die inhaltliche Ebene. Es handelt sich dabei um die Geschlechterstruktur der in der Branche tätigen JournalistInnen und die Geschlechterstruktur der medialen Konstruktionen und Konstrukte durch die JournalistInnen (ebd.). Zwischen diesen beiden Dimensionen besteht zwar ein Zusammenhang, doch die Annahme, ein höherer Anteil von Frauen in den Redaktionen, vor allem in den Entscheidungsebenen, führe automatisch zu einem veränderten Frauen- und Männerbild in den Medien, hat sich im wesentlichen nicht bewahrt (Keil 1997, 156).

Die meisten Redaktionen begannen und entwickelten sich als von Männern dominierte Realitäten mit männlichem Kommunikationsstil, Dominanz einer männlichen Konkurrenzkultur und der Existenz von männlichen Seilschaften. Die soziale Institution „Medium“ ist „hochgradig androzentrisch“ (Klaus 1997, 93). Die Folge davon: Frauen waren an der Entwicklung der Systemregeln im Journalismus und an der Formulierung seiner Selektions- und Entscheidungsprogramme so gut wie nicht beteiligt (ebd.).

Blieben wir einen Augenblick bei den Selektionsmerkmalen von Nachrichten. Bei Ereignissen gibt es eine Reihe von Merkmalen, sogenannte Nachrichtenfaktoren, die ihren Nachrichtenwert bestimmen. Je evidenter solche Merkmale sind, desto größer die Chance, dass ein Ereignis zur Nachricht wird. Im Laufe der Geschichte des Journalismus haben sich dabei eine ganze Reihe abgestufter Nachrichtenwerte herausgebildet. Der Nachrichtenwert eines Ereignisses hängt unter anderem vom Status (der Nation, der Institution, der Person), von Faktoren wie der Kontroversalität, Relevanz und Tragweite des Themas oder der Betroffenheit, die es auslöst, oder allgemein akzeptierten Werten ab, um nur einige Nachrichtenfaktoren aufzuzählen, die für die Auswahl von Ereignissen relevant sind (vgl. Schulz 1997, 70ff).

Wenn aber die „inhaltliche Dimension des *Gendering*“ in eine bestimmte Richtung geht und es erwiesen ist, dass die soziale Institution

Medium „hochgradig androzentrisch“ ist, so müsste als übergreifender Nachrichtenfaktor die „männliche Komponente“ aufscheinen. Das bedeutet, dass bei gleichem Nachrichtenwert auf der Grundlage der allgemein anerkannten Nachrichtenfaktoren jene Ereignisse die größere Chance haben, zu einer Nachricht zu werden, die männlich determiniert sind.

Unter anderem beruht diese männliche Determinierung in Anlehnung an Claus Offes Überlegungen über die Einschätzung individueller Leistungen auf „extrafunktionalen Haltungen“, die eine „breite Palette institutioneller oder professioneller Quasi-Loyalitäten, Konformitäten, Anerkennung der Machtverhältnisse in der Organisation und die Fähigkeit zur ‚Selbstdarstellung‘ eines nach Erfolg Strebenden“ umfasst (Offe, zit. nach Blättler/Christensen 1997, 38). Die symbolische Qualifikation beruht „in der Regel sowohl auf ‚natürlichen Kategorien‘ wie Geschlecht, Rasse, Hautfarbe bzw. ethnischer Herkunft als auch auf externen ‚institutionellen Bindungen‘ verschiedener Art“ (ebd.).

Diese männliche Logik gilt auch in der journalistischen Kultur und führt dazu, dass frauenrelevante Themen in den Nachrichtenredaktionen vielfach unter den Tisch gekehrt wurden und weiterhin werden (vgl. Prenner 1994). Kein Wunder also, dass Frauen in den Fernsehnachrichten noch schlechter vertreten sind als in öffentlichen und politischen Funktionen (Cornelissen/Küsters 1990).

4. Quotenregelung in den Medien?

Hart formuliert bedeutet der Ausschluss aus der Medienöffentlichkeit den Ausschluss aus der Politik. Auch wenn wir Öffentlichkeit nicht restriktiv verstehen, sondern in einem partizipatorischen Sinne, die auch jenseits der medialen Öffentlichkeit besteht, so kann doch nicht geleugnet werden, dass in der Informationsgesellschaft die Konstruktion von Politik und ihre Vermittlung ganz wesentlich medial determiniert sind. Das Fernsehen gilt dabei als Leitmedium, das politische Wirklichkeit konstruiert und im Vergleich zu anderen Medien

einen hohen Grad an Glaubwürdigkeit besitzt (Plasser 1997, 469–472).

Die Zentralität des Fernsehens für die politische Kommunikation hat immer wieder die Frage der Chancengleichheit für die einzelnen politischen Akteure im *Zugang* zu diesem Medium aufgeworfen. Besonders heikel wird dieses Problem in Wahlkampfzeiten, zumal dem Fernsehen ein, wenn auch mitunter schwer messbarer Einfluss auf das Wahlverhalten zugeschrieben wird (vgl. Kepplinger/Brosius/Dahlem 1994, Ricolfi 1994). Um hier die Chancengleichheit von PolitikerInnen und Parteien zu gewährleisten, gibt es in verschiedenen westlichen Demokratien Grundregeln des TV-Zugangs und der TV-Präsenz.

In den USA etwa sind diese Regeln im „Communications Act“ von 1934 (mit entsprechenden Novellierungen) festgeschrieben. Bei der Ausstrahlung politischer oder Wahlkampf-Informationen sind die TV-Anstalten angehalten, sich tendenziell (es gibt bestimmte Ausnahmen) an folgende Regeln zu halten: 1. „equal time“ (gleiche Zugangschancen für alle konkurrierenden politischen Subjekte), 2. „right of rebuttal“ (Recht, Behauptungen von politischen Antagonisten, die das eigene Image beeinträchtigen, zu widersprechen), 3. „fairness doctrine“ (Pflicht der Unparteilichkeit und der Fairness für die TV-Operateure) (vgl. Graber 1993).

In Großbritannien hat sich die BBC bereits 1927 auf Grund eines königlichen Dekrets erste Grundregeln über die Chancengleichheit der Parteien gegeben, dem ab 1954 gemäß dem „Television Act“ auch die privaten Sendeanstalten zu folgen haben. 1947 war eine erste Vereinbarung zwischen Regierung, Opposition und BBC über die Präsenz der Parteien in den TV-Programmen getroffen worden (vgl. Bettinelli 1995, XII–XIII).

In Italien sind die Regeln der „par condicio“ wegen des Interessenkonflikts von Silvio Berlusconi als Oppositionsführer und Eigentümer von drei TV-Anstalten besonders ausgefeilt und kompliziert, um die substantielle Gleichheit des Wahlrechts zu gewährleisten (Disciplina 1993, Disposizioni 1995, Disposizioni 2000). Erste allgemeine Regeln waren bereits 1956 eingeführt worden (Bettinelli 1995,8).

Die hier stichwortartig und beispielhaft angeführten Regelungen in den USA, in Großbritannien und in Italien gehen über den formalen Gleichheitsgrundsatz hinaus. Es wird nicht nur die abstrakte Gleichheit der Ausgangsposition der politischen Akteure garantiert, die in Konkurrenz zueinander dasselbe Ziel erreichen wollen (Bobbio 1995, 25), sondern die de facto Gleichheit. Wenn politische Chancengleichheit die absolute Gleichheit der StaatsbürgerInnen im Bereich der politischen Willensbildung sein soll und diese Willensbildung die Voraussetzung für die Transformation des politischen Willens des Volkes in Staatsgewalt ist (Keßling 1997, 63), so würde dies heißen, dass jedes bereits im Vorfeld von Wahlen vorhandene Demokratie-defizit sich notwendigerweise in der Wahl selbst fortsetzt und dieser die Funktion des demokratischen Legitimationsvorgangs berauben würde. (ebd.). Und da in einem demokratischen Staat ein zeitlich nicht beschränkter Wettbewerb stattfindet (Jülich 1965, 89), gehen Normen, die die TV-Chancengleichheit betreffen, schon vielfach über die zeitlich beschränkten Wahlkampfperioden hinaus. Dass es mitunter abgestufte Grundsätze der Chancengleichheit gibt, etwa auf Grund der Stärke der einzelnen Parteien im Parlament, tut dem Prinzip keinen Abbruch.

Auf Grund dieser, die substantielle Chancengleichheit betreffenden Regelungen im TV-Bereich gelten bei der Selektion von Nachrichten die Grundregeln der Nachrichtenauswahl (zeitlich) oft nur eingeschränkt, da die staatlichen Regelungen darauf ausgerichtet sind, Diskriminierungen zu vermeiden oder zu beseitigen.

Das Prinzip der substantiellen Chancengleichheit gilt bei der geschlechtsspezifischen Berichterstattung nicht. Wie wir gesehen haben, sind Frauen in der TV-Berichterstattung sogar unter ihrer realen politischen Repräsentanz präsent, weil die Nachrichtenselektion androzentrisch ist. Und wenn wir davon ausgehen, dass der politische Willensbildungsprozess nicht auf den Wahlkampf beschränkt ist, sondern permanent stattfindet, so bedeutet dies, dass Frauen durch die TV-Berichterstattung benachteiligt werden. Auf der einen Seite erhalten die WählerInnen ein verzerrtes, weil stark männerlastiges Bild der Politik, auf der anderen Seite ist es den Frau-

en nur beschränkt möglich, ihre politischen Vorstellungen zu präsentieren, da ihre Visibilität und ihre mediale Öffentlichkeit durch den Flaschenhals der männlichen Nachrichtenselektion schlüpfen muss.

Damit erhebt sich die Frage, ob es eine Legitimationsgrundlage gibt, um die geschlechtsspezifisch verzerrte TV-Berichterstattung zu beseitigen. Grundsätzlich, so zeigen uns die Beispiele über die TV-Regelungen bezüglich Zugang und Präsenz von politischen Parteien und AkteurInnen in Wahlkampfzeiten, ist die Nachrichtenselektion in diesem Falle dem Gleichheitsprinzip untergeordnet.

Dieser Grundsatz lässt sich auch auf die Berichterstattung über Frauen übertragen. Soll die androzentrische Nachrichtenauswahl etwas korrigiert werden, genügt weder guter Wille bei Medienleuten noch eine stärkere Präsenz von Frauen in der medialen Berichterstattung. Vielmehr müssten Frauen (und Frauenthemen) über eine Quotenregelungen stärkere Berücksichtigung finden. Wie etwa in Wahlkampfzeiten der Zugang zu und die Präsenz in den TV-Anstalten zugunsten der einzelnen Parteien nach dem Grundsatz der (mitunter abgestuften) substantiellen Gleichheit geregelt ist, könnte eine solche, Wahlkampfzeit-unabhängige Regelung auch auf die TV-Präsenz von Frauen ausgedehnt werden.

So könnten Frauen beispielsweise eine TV-Präsenz im Verhältnis zu ihrer Präsenz im Parlament und in der Regierung einfordern, oder es könnte sonst eine zu vereinbarende TV-Quoten-Präsenz garantiert werden, die an die Debatte von Frauenquoten in den Parteien anknüpfen könnte (Arioli 1997). Dass es bei der praktischen Durchführung einer solchen Regelung zu Problemen, Spannungen und Auseinandersetzungen kommen würde, scheint vorprogrammiert zu sein, denken wir lediglich an die Frage, was denn ein politisches oder ein frauenrelevantes Thema sei.

Wenn Frauen, wie der hier präsentierte empirische Befund belegt, in den TV-Nachrichten des ORF im Verhältnis zu ihrer institutionellen Präsenz (Parlament, Regierung) stark unterrepräsentiert und somit in einem zentralen Bereich der Politik wie der politischen Kommunikation

diskriminiert sind, so kann der nächste Schritt nur der sein, diese Diskriminierung zu beseitigen.

ANMERKUNGEN

- 1 Am 31.12.1999 waren 21 der 65 SPÖ-Nationalratsabgeordneten Frauen (32,3%), bei der FPÖ waren es neun von 52 (17,3%), bei der ÖVP zwölf von 52 (23,0%) und bei den Grünen sieben von 14 (50,0%); vgl. www.parlament.gv.at.
- 2 Freundliche Auskunft von Antonio Nizzoli, Leiter des Osservatorio di Pavia, Jänner 1999.

LITERATURVERZEICHNIS

- Arioli, Kathrin (Hg.) (1997). Frauenförderung durch Quoten. Nationales Forschungsprogramm Frauen in Recht und Gesellschaft. Schweizerischer Nationalfonds 35, Basel/Frankfurt a.M.
- Almond, Gabriel A./Sidney Verba (1963). The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in 5 Nations, Princeton.
- Appelt, Erna/Monika Jarosch (1998). Zwischen Gleichstellungsrethorik und Verhinderungsstrategien: Frauenquoten in Österreich: in: Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft 4(3), 102–112.
- Bettinelli, Ernesto (1995). Par condicio. Regole, opinioni, fatti, Torino.
- Beyme, Klaus von/Hartmut Weßler (1998). Politische Kommunikation als Entscheidungskommunikation, in: Otfried Jarren/Ulrich Sarcinelli/Ulrich Saxer (Hg.): Politische Kommunikation in der modernen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil, Opladen/Wiesbaden, 312–323.
- Blättler, Sidonia/Birgit Christensen (1997). Die moralphilosophische Diskussion von Quotenregelungen. Kritische Anmerkungen zum Begriff der umgekehrten Diskriminierung, in: Kathrin Arioli (1997) (Hg.): Frauenförderung durch Quoten. Nationales Forschungsprogramm Frauen in Recht und Gesellschaft. Schweizerischer Nationalfonds 35, Basel/Frankfurt a.M., 9–48.
- Bobbio, Norberto (1995). Eguaglianza e libertà, Torino.
- Cornelissen, Waltraud/Kirsten Küsters (1990). Zur Rolle der Frau in den Nachrichtensendungen, in: Frauenforschung 4, 108–119.
- Cornelissen, Waltraud (1993). Traditionelle Rollenmuster. Frauen und Männerbilder in den westdeutschen Medien, in: Gosela Helwig/Hildegard Maria Nickel (Hg.): Frauen in Deutschland 1945–1992, Bonn, 53–70.

- Disposizioni* per la parità di accesso ai mezzi di informazione durante le campagne elettorali e referendarie e per la comunicazione politica, Legge 22 febbraio 2000, n. 28.
- Disposizioni* urgenti per la parità di accesso ai mezzi di informazione durante le campagne elettorali e referendarie, *Decreto* legge 18 luglio 1995, n. 289.
- Disciplina* delle campagne elettorali per l'elezione alla Camera dei deputati e al Senato della Repubblica, Legge 10 dicembre 1993, n. 515.
- Fröhlich*, Romy (Hg.) (1992). Der andere Blick. Aktuelles zur Massenkommunikation aus weiblicher Sicht, Bd. 1, Reihe Frauen und Massenmedien, hg. von Christine Holtz-Bache, Bochum.
- Graber*, Doris A. (1993). Mass Media and American Politics, 4. Auflage, Washington.
- Habermas*, Jürgen (1962). Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied/Berlin.
- Haller*, Birgit (1999). Politische Partizipation von Frauen, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 28(1), 49–62.
- Hoecker*, Beate (1995). Politische Partizipation von Frauen. Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik. Ein einführendes Studienbuch, Opladen.
- Hoecker*, Beate (1997). Zwischen Macht und Ohnmacht: Politische Repräsentation von Frauen in den Staaten der Europäischen Union, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52, 19. Dezember 1997, 3–14.
- Jarren*, Otfried/Ulrich *Sarcinelli*/Ulrich *Saxer* (1998) (Hg.). Politische Kommunikation in der modernen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil, Opladen/Wiesbaden.
- Jülich*, Heinz Christian (1967). Chancengleichheit der Parteien, Berlin.
- Keil*, Susanne (1997). Neue Medieninhalte durch Frauen in Führungspositionen? Zur Programmgestaltung von Chefredakteurinnen, Hauptabteilungsleiterinnen und Direktorinnen, in: Günther *Bentele*/Michael *Haller* (Hg.): Aktuelle Entstehung von Öffentlichkeit. Akteure – Strukturen – Veränderungen. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 24, Konstanz, 155–167.
- Kepplinger*, Hans Mathias (1998). Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft, München.
- Klaus*, Elisabeth (1997). Neue Perspektiven der Kommunikationsforschung: Geschlecht als Erkenntnisstandpunkt, in: Günther *Bentele*/Michael *Haller* (Hg.): Aktuelle Entstehung von Öffentlichkeit. Akteure – Strukturen – Veränderungen. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 24, Konstanz, 85–100.
- Klaus*, Elisabeth (1998). Kommunikationswissenschaftliche Geschlechterforschung. Zur Bedeutung der Frauen in den Massenmedien und im Journalismus, Opladen.
- Köpl*, Regina (1999). Das Ende der Bescheidenheit? – 20 Jahre institutionelle Frauenpolitik in Österreich, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (28)1, 63–74.
- Lang*, Sabine: Geschlossene Öffentlichkeit. Paradoxien der Politikwissenschaft bei der Konstruktion des öffentlichen Raums, in: Eva *Kreisky*/Birgit *Sauer* (1997) (Hg.): Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin. Reihe „Politik der Geschlechterverhältnisse“, Bd. 8, Frankfurt/New York, 46–69.
- Lünenborg*, Margret (1997). Informationsverarbeitung als Ausschlußprogramm? Erforderliche Veränderungen zur Beschreibung der Lebenssituationen von Frauen, in: Günther *Bentele*/Michael *Haller* (Hg.): Aktuelle Entstehung von Öffentlichkeit. Akteure – Strukturen – Veränderungen. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 24, Konstanz, 169–183.
- McQuail*, Denis (1994). Sociologia dei media, Bologna.
- Marcinkowski*, Frank (1993). Publizität als autopoietisches Modell. Politik und Massenmedien. Eine systemtheoretische Analyse, Opladen.
- Mazzoleni*, Gianpietro (1998). La comunicazione politica, Bologna.
- Norris*, Pippa (1991). Gender Differences in Political Participation in Britain: Traditional, Radical and Revisionist Models, in: Government and Opposition 26(1), 56–74.
- Oberreuter*, Heinrich (1997). Medien und Demokratie. Ein Problemaufriß, in: Karl *Rohe* (Hg.): Politik und Demokratie in der Informationsgesellschaft. Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft, Bd. 15, Bade-Baden, 11–24.
- Pallaver*, Günther (1999): Headlinekönig Klestil, Imagefrau Knoll. Die Bundespräsidentenwahlen 1998 in den österreichischen Tageszeitungen, in: Andreas *Khol*/Günther *Ofner*/Alfred *Stirnermann* (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1998, München, 99–116.
- Pasquino*, Gianfranco (1991). I sistemi elettorali, in: Giuliano *Amato*/Augusto *Barbera* (Hg.): Manuale di diritto pubblico, 3. Auflage, Bologna, 330–360.
- Plasser*, Fritz/Peter A. *Ullram*/Günther *Ogris* (Hg.) (1996). Wahlkampf und Wählerentscheidung. Analysen zur Nationalratswahl 1995. Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung, Bd. 11, Wien.
- Plasser*, Fritz (1997). Massenmedien und Politikvermittlung, in: Herbert *Dachs* et. al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik. 3., völlig neu bearb. Auflage, Wien, 463–482.
- Prenner*, Andrea (1994). „Die Nachricht ist ‚männlich‘. Zur Konstruktion von Männerrealität in den Nachrichtenmedien“, in: Marie-Luise *Angerer*/Johanna *Dorer* (Hg.): Gender und Medien. Theoretische Ansätze, empirische Befunde und Praxis der Massenkommunikation. Ein Textbuch zur Einführung, Wien, 152–160.
- Ricolfi*, Luca (1994). Quanti voti ha spostato la TV, in: il Mulino 6, 1031–1046.
- Rosenberger*, Katharina Sieglinde/Alexandra *Weiss* (1999). Frauen – Eine eigene Geschichte, in: Michael

- Gehler* (Hg.): Tirol. „Land im Gebirge“: Zwischen Tradition und Moderne, Wien/Köln/Weimar, 315–376.
- Rositi*, Franco (1994). Sette televisioni nazionali e quasi ventimila casi. Metodo e risultati dell’Osservatorio di Pavia, in: *Problemi dell’Informazione*, a. XIX, 3, 253–260.
- Sarcinelli*, Ulrich (1992). Massenmedien und Politikvermittlung – Eine Problem- und Forschungsskizze, in: *Gerhard Wittkämper* (Hg.): *Medien und Politik*, Darmstadt, 37–62.
- Sarcinelli*, Ulrich (1994). Mediale Politikdarstellung und politisches Handeln: analytische Anmerkungen zu einer notwendigerweise spannungsreichen Beziehung, in: *Otfried Jarren* (Hg.): *Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen*, Opladen, 35–50.
- Schenk*, Herrad (1981). *Die feministische Herausforderung*, 2. Auflage, München.
- Schmitt-Beck*, Rüdiger/Barbara *Pfetsch* (1994). Politische Akteure und die Medien der Massenkommunikation. Zur Generierung von Öffentlichkeit in Wahlkämpfen, in: *Friedrich Neidhardt* (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen, 106–138.
- Schulz*, Winfried (1997). *Politische Kommunikation*. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung zur Rolle der Massenmedien in der Politik, Opladen/Wiesbaden.
- Steininger*, Barbara (1998). Zwischen Konflikt und Konsens: Frauen im politischen System Österreichs, in: *Beate Hoecker* (Hg.): *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa*, Opladen, 275–296.
- Swanson*, David L./*Paolo Mancini* (Hg.) (1996). *Politics, Media, and Modern Democracy. An International Study of Innovations in Electoral Campaigning and Their Consequences*, Westport.
- Tuchman*, Gaye (1980). Die Verbannung von Frauen in die symbolische Nichtexistenz durch die Massenmedien, in: *Rundfunk und Fernsehen* 28(1), 10–43.

AUTOR

Günther PALLAVER aus Bozen, Dr. jur., Dr. phil., Journalist und Univ.-Assistent am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck. Beschäftigt sich vor allem mit dem politischen System Italiens und mit politischer Kommunikation. Mitbegründer der forschungsgruppe mediAwatch.

Adresse: Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck, Universitätsstrasse 15, A-6020 Innsbruck. e-mail: pallaver@iol.it